

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 33/39
Telefax: 8 89 648 ppbn d
Telefax: 21 05 64

Inhalt

Berthold Wittich MdB zur Schmutzkampagne des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Alfred Dregger im DDR-Wahlkampf: Aus Angst vor der Niederlage Flucht in die Demagogie.

Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Notwendigkeit, die Reformansätze in dem südostasiatischen Land zu unterstützen: Die Entwicklungs-Zusammenarbeit wieder aufnehmen.

Seite 3

Carmen König MdL zur Gestaltung des deutschen Einheitsprozesses: Wider alle Restauration!

Seite 4

45. Jahrgang / 53

16. März 1990

Aus Angst vor der Niederlage Flucht in die Demagogie

Zur Schmutzkampagne des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Alfred Dregger im DDR-Wahlkampf

Von Berthold Wittich MdB

Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit des Deutschen Bundestages

Daß der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, im DDR-Wahlkampf die Ost-SPD polemisch und massiv angreift, ist nicht verwunderlich. Daß er aber nach einem Kirchgang in Bad Salzungen mit der Aussage: „An die Stelle der SED darf nicht eine Genossenpartei treten. Von den braunen über die roten zu den rosaroten Genossen, dies ist keine Zukunftsperspektive, weder für die DDR, noch für Gesamtdeutschland“ die Sozialdemokraten in den Geruch des östlichen Totalitarismus bringt und in die geistige Nähe der Nazis rückt, ist ein abschreckendes Beispiel für den Niedergang der politischen Kultur.

Aus Angst vor einer Wahlniederlage der Block-Parteien verabschiedet sich Dr. Dregger von Anstand und Moral und schreckt vor keiner historischen Legende zurück.

Wer die SPD in einen Gegensatz zu Freiheit und Demokratie stellt, beleidigt bewußt zehntausende Sozialdemokraten, die wegen ihres Bekenntnisses zu den Idealen der deutschen Arbeiterbewegung in den Zuchthäusern des kaiserlichen Obrigkeitsstaates eingekerkert waren, in den Folterkammern der Nazis Unsägliches erleiden mußten und nach 1945 dem erbarmungslosen Zugriff des Staatssicherheitsdienstes ausgesetzt waren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Forstlicher Umgang
mit wertvollen Holzarten
Recycling-Papier



Diese demagogische Entgleisung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden ist der miese Versuch, die politische Dummheit zu mobilisieren und die historischen Fakten auf den Kopf zu stellen.

Wahr ist: Die SPD hat die Weimarer Republik am entschiedensten gegen ihre Feinde von rechts und links verteidigt und den verbrecherischen Charakter der nationalsozialistischen Bewegung schonungslos aufgedeckt.

Wahr ist: Das deutschnationale Bürgertum hat die Republik bis aufs Messer bekämpft und Hitlers fanatischer Kampagne gegen die Demokratie Klima und Boden bereitet.

Wahr ist: Während der Bataillonskommandeur Dregger dem „größten Feldherrn aller Zeiten“ folgte, wurden die Besten unseres Volkes in den Konzentrationslagern gequält oder totgeschlagen.

Wahr ist: Sozialdemokraten, die sich in der SBZ und DDR dem Führungsanspruch der Kommunisten nicht unterordnen wollten, wurden politisch und wirtschaftlich kaltgestellt, bespitzelt und verfolgt, verhaftet und zu hohen Freiheitsstrafen oder gar zum Tode verurteilt.

Wahr ist: Während sich Kurt Schumacher, Luise Schröder, Ernst Reuter, Otto Suhr und Willy Brandt dem brutalen Zugriff der sowjetischen Weltmacht mutig und entschlossen widersetzen, hat die Ost-CDU Schießbefehl und Mauerbau, Willkür und Unterdrückung gutgeheißen.

Abschließend stelle ich fest: Die SPD ist in ihrer 126jährigen Geschichte von Irrtümern und Fehlentscheidungen nicht freigeblieben. Unbestritten jedoch ist ihre historische Leistung: Sie hat immer auf der Seite der Freiheit gestanden.

Gerade weil die Sozialdemokraten auch in den dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte das andere, das bessere Deutschland repräsentierten, muß die Geschichtsfälschung der Ewiggestrigen beim Namen genannt und entlarvt werden.

(-/16.3.1990/va-he/rs)

* * *

Die Entwicklungs-Zusammenarbeit mit Vietnam wieder aufnehmen

Zur Notwendigkeit, die Reformansätze in dem südostasiatischen Land zu unterstützen

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die SPD-Bundestagsfraktion wird in Kürze einen Antrag zur Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam im Deutschen Bundestag einbringen. Kernpunkte dieses Antrages sind die Forderung nach Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Vietnam im Sinne einer grundbedürfnisorientierten, menschenwürdigen Entwicklung. Dafür sind die bis 1987 erfolgten Zusagen in der bilateralen Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit zu erneuern.

Hinsichtlich der Altschulden Vietnams gegenüber der Bundesrepublik (die inzwischen von der gegenwärtigen vietnamesischen Regierung anerkannt wurden) gilt es, einen Schuldenerlaß zu prüfen.

Ferner sind neben der Gewährung von Hermes-Bürgschaften für die entwicklungspolitischen wichtigen privaten Investitionen, Kooperationsprojekte deutscher nicht-staatlicher Trägerorganisationen, die Qualifizierung von vietnamesischem Personal für die fachliche Stützung der Reformbestrebungen, insbesondere Projekte der Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe, der ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung sowie der Entwicklung von Handel, Handwerk und Gewerbe zu fördern.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Osteuropa und insbesondere in der DDR, gilt es, endlich die Haltung der Bundesrepublik hinsichtlich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Vietnam zu revidieren.

Dabei ist zu prüfen, welche guten entwicklungspolitischen Projekte, die seitens der DDR in Vietnam initiiert wurden, möglicherweise von einer deutsch-deutschen Regierung in gemeinsamer Verantwortung fortgeführt werden können. Hier bietet beispielsweise das Stipendiatenprogramm der DDR für vietnamesische Studenten einen interessanten Ansatzpunkt.

Bei allen Bemühungen ist aber immer darauf zu achten, daß der in Vietnam eingeleitete Reformprozeß auch weiter fortgeführt werden wird. So darf nicht nur privates Kapital nach Vietnam transferiert werden, sondern es muß auch die Entwicklung einer privaten, sozialen Marktwirtschaft gewährleistet sein. Hier ist Vietnam an die gegebenen Zusagen bezüglich des Reformprozesses zu erinnern.

Bei aller Annäherung zwischen Ost und West ist es Vietnam, aber auch allen übrigen sogenannten Dritte-Welt-Ländern zu wünschen, daß die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd ebenso erfreuliche und für die Zukunft hoffnungsvolle Züge annimmt, wie es die gegenwärtigen Tendenzen zwischen Ost und West versprechen. (-/ 16.3.1990/rs/ks)

Wider alle Restauration!

Zur Gestaltung des deutschen Einheitsprozesses

Von Carmen König MdL

Vorsitzende des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Europafragen des Bayerischen Landtags

Es habe „den Anschein“, so schwadronierte Ministerpräsident Streibl kürzlich, daß die SPD mit ihrer Forderung, die deutsche Einheit nicht nach Artikel 23, sondern nach Artikel 146 des Grundgesetzes zu vollziehen - also Ausarbeitung einer neuen Verfassung und Abstimmung darüber in der Bundesrepublik und in der DDR - die Grundsatzentscheidungen der Nachkriegszeit, „insbesondere die für die soziale Marktwirtschaft rückgängig machen und dafür ein neues Grundgesetz mit sozialistischem, zentralistischem und nationalistischem Gepränge schaffen“ wolle.

Die Tonlage ist Herrn Streibl nicht übel zu nehmen. In der zutreffenden Erkenntnis, daß mit dem jetzigen Amtsinhaber wenig Staat zu machen ist, hat sich der Ministerpräsident von der „Nummer eins in Bayern“ (Streibl über Streibl in einem Interview mit dem „Spiegel“ vom 16. Oktober 1989) inzwischen längst zum Generalsekretär seiner Partei und damit zum nachgeordneten Schildknappen seines Vorsitzenden zurückentwickelt. Was er den Sozialdemokraten in der Sache unterstellt, ist freilich ein Meisterwerk unfreiwilliger Ironie.

Stichwort: „Sozialismus“. - Herrn Streibl sei ein Blick in die Bayerische Verfassung empfohlen, etwa auf den Artikel 160, Absatz 2: „Für die Allgemeinheit lebenswichtige Produktionsmittel, Großbanken und Versicherungsunternehmen können in Gemeineigentum übergeführt werden, wenn die Rücksicht auf die Gesamtheit es erfordert...“. Oder Artikel 161, Absatz 2: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- und Kapitaleaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen“. Die alliierte Militärregierung hatte damals gegen die Bayerische Verfassung Bedenken angemeldet, da sie „besonders voll von sozialistischer Philosophie“ sei. Dies hatte die CSU von der Zustimmung nicht abgehalten.

Stichwort: „nationalistisches Gepränge“. - Angesichts eines Bundeskanzlers, der, eifrig beklatscht von der CSU, stets mit einem „Wir fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt“ wie weiland „Wilhelm Zwo“ durch die Weltpolitik trampelt und zum besten Kronzeugen aller Gegner der deutschen Einheit im In- und Ausland geworden ist, ein schlechter Witz.

Stichwort: „Zentralismus“. - Das Grundgesetz, das Herrn Streibl heute so heilig ist (was ihn nicht daran hinderte, bei dem Fastakt zu seinem 40. Bestehen im vergangenen Jahr zugunsten eines Urlaubs fernzubleiben), wurde im Mai 1949 von Bayern mit Stimmenmehrheit der CSU als einzigem Bundesland abgelehnt. Begründung: Dieses Grundgesetz beinhalte erhebliche Gefahren für den Föderalismus. Wenn diese Bedenken damals berechtigt waren, was gilt dann erst heute? Dutzende von Grundgesetzänderungen zu Lasten der Länder und vor allem zu Lasten der Kompetenz der Landesparlamente - leider unter Mitwirkung der SPD. Wann, wenn nicht jetzt bei der Beratung über eine neue Verfassung, bestünde die reale Chance, dem Föderalismus nicht nur als Worthülse, sondern in der Substanz zu einer wirklichen Renaissance zu verhelfen?

Was heute als „Föderalismus“ angepriesen wird, ist bestenfalls ein „Kabinettsföderalismus“ und in Wahrheit eher ein Interessenausgleich auf Ministerialratsebene. Die Forderungen der Landesexekutiven nach mehr Mitsprache können ein wirkliches Mitwirkungsrecht der Parlamente nicht ersetzen. Ich bin mir sicher, daß es auf jeder Minister- oder Ministerpräsidentenkonferenz der Länder einen nicht ausgedruckten Tagesordnungspunkt „Null“ gibt, der sinngemäß heißt: Wie schmieren wir am wirkungsvollsten unsere jeweiligen Parlamente aus?

In einer neuen Verfassung könnte zum Beispiel verankert werden, daß Grundgesetzänderungen nicht nur einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat bedürfen, sondern daß dafür auch eine Zweidrittelmehrheit der Landtage erforderlich ist, wie von der Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ schon vor elf Jahren vorgeschlagen.

Daneben wäre zu überlegen, ob der Bundesrat als Organ des Bundes in einem föderalistischen Staat auch weiter wirklich nur aus Vertretern der Landesregierungen bestehen soll, ob ihm nicht vielmehr auch Mitglieder der Parlamente und auch der kommunalen Gebietskörperschaften angehören sollten. Wer bleibt denn nach dem Motto: Die Letzten beißen die Hunde“ schlußendlich auf Problemen wie der Wohnungsmisere, den Aus- und Übersiedlerproblemen sitzen, wenn nicht die Kommunen? Als weiteres Beispiel nenne ich den Artikel 30 des Grundgesetzes, in dem es lapidar heißt: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt.“ Diese Verfassungsbestimmung ist doch inzwischen glatt in ihr Gegenteil verkehrt worden. Auch hier besteht wahrlich Handlungsbedarf.

Keine Zeit zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung, schreit es als Argument dagegen. Wirklich nicht? Die Herrenchiemsee-Konferenz brauchte zur Erarbeitung des Grundgesetzes keine zwei Wochen. Warum sollte es diesmal länger dauern, wo doch die wesentlichen Teile des Grundgesetzes niemand in Frage stellen will? Soviel Zeit sollte uns die verfassungsrechtliche Grundlage für das Zusammenleben unter einem staatlichen Dach ja wohl wert sein.

Nicht von ungefähr ist mit der künftigen staatlichen Einheit auch die Hauptstadtfrage in die Diskussion geraten. Dies ist gut so, denn der Stellenwert von Symbolen kann in der Politik gar nicht überschätzt werden. Golo Mann, seit langer Zeit beklatschter Festredner auf CSU-Veranstaltungen, hat kürzlich gesagt: „Ein föderalistisches Deutschland braucht keine Hauptstadt, sondern eine Regierungstadt.“ Recht hat er, und diese Regierungstadt sollte Bonn bleiben.

Dieses Plädoyer beinhaltet keinerlei Geringschätzung oder Vorbehalte gegenüber einem künftig geeinten Berlin. Berlin hat eine großartige kulturelle und gesellschaftliche Tradition und es wird eine noch attraktivere Zukunft haben. Aber: Ich rede jetzt gar nicht von so vulgären Dingen wie Geld und etwa davon, daß es zweistellige Milliardenbeträge kosten würde, fast Hunderttausende von Beamten, Ministerien und Verwaltungen umzusiedeln und das zu einer Zeit, wo alle fragen: „Was kostet die Einheit und wer bezahlt dafür?“ Ich will auch gar nicht näher darauf eingehen, was eine „Hauptstadt“, also mit Regierungssitz, für die Bürgerinnen und Bürger von Berlin an Belastungen von Umwelt und Verkehr, an explosionsartigem Anstieg der Grundstückspreise und Mieten, der Lebenshaltungskosten und so weiter mit sich bringen würde. Nein, allein die Symbolik wäre falsch. (Die Münchnerinnen und Münchner hätten sich bei Herrn Streibl schön bedankt, wenn er das Windel aus seiner Staatskanzlei „autorisiert“ hätte.)

Bei aller großartigen Vergangenheit Berlins, daß es besonders glückliche Zeiten für Deutschland waren, als es von Berlin aus regiert wurde, wird ja wohl niemand ernstlich behaupten können. Es ist schon eigentümlich, daß ausgerechnet diejenigen, die am lautesten für eine Einheit Deutschlands mit Hilfe des Artikels 23 Grundgesetz eintreten, im Falle eines Weiterbestehens der Regierungstadt Bonn von einer unzumutbaren Vereinnahmung der DDR sprechen. Welch positive Reminiszenzen mögen sich wohl für die Menschen in der DDR mit der Hauptstadt Ostberlin verbinden? Diktatorischer Zentralismus und Kommandopolitik auf allen Ebenen. Un dieser Hauptstadt sollen Länder und Kommunen der DDR nachtrauern?

Bonn dagegen steht für Freiheit, Rechtsstaat, ja für die erste wirklich funktionierende Demokratie auf deutschem Boden. Und das soll keine gute Grundlage für ein vereintes Deutschland sein? Bonn liege nicht zentral genug. Was für ein absurdes Argument. Zum einen sind bei den heutigen Verkehrs-

und Kommunikationswegen ja wohl die Zeiten vorbei, daß ein Regierungssitz von allen Teilen des Reiches etwa in gleicher Zeit mit der Postkutsche erreichbar sein muß. Zum anderen, wenn schon ein solches Argument, liegt Bonn wesentlich näher an Brüssel, der eigentlich entscheidenden Zentrale eines künftigen Europas. Einem Europa der Regionen, wohlgemerkt.

Ein weiteres: Jahrelang waren wir uns in der Bundesrepublik über alle Parteilgrenzen hinweg einig, daß wir eben nicht wie Frankreich oder England eine Metropole haben wollen, deren unvermeidliche Staubsaugerwirkung die Regionen wirtschaftlich und kulturell ausblutet. Und jetzt soll das im nationalen Oberschwang alles nicht mehr zählen? Reichen uns nicht schon die schlechten Erfahrungen, die wir mit den zentralistischen Strukturen in den Bundesländern haben, etwa in Bayern?

Rationale Gründe für Berlin als Hauptstadt sehe ich nicht. Dafür wird jetzt gleichsam von hinten durch die Brust argumentiert. Das für mich bemerkenswerteste Beispiel fand sich in der letzten Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung“, in der zwei Redakteure ihre unterschiedlichen Meinungen vertraten. Das Pro Berlin-Plädoyer enthielt zwar den zutreffenden Hinweis auf die „Schatten der Vergangenheit“, als da wären: Preußen, Reichsdeutschland, Gestapo, Goebbels im Sportpalast ...“. Dies veranlaßte den Autor dann allerdings zu folgender Schlußfolgerung: „Aber gerade das schlechte Gewissen wird gebraucht. Wir brauchen Volksvertreter, denen die Gespenster der Vergangenheit Tag für Tag im Nacken sitzen. Und wo viele den Gespenstern das leichter als in Berlin?“

Nun, dieses polit-masochistische Lustgefühl ist natürlich steigerungsfähig, etwa dadurch, daß die Bundeswehr wieder in „Reichswehr“ umbenannt würde und die Parteien nicht mehr „Bundes-“, sondern „Reichsparteitage“ abhalten. Da kommt Freude auf im In- und Ausland.

Schließlich: Ein Wiederauferstehen der Hauptstadt Berlin würde zwangsläufig binnen kürzester Zeit Anti-Hauptstadtgefühle in den Ländern schüren. Gerade die bayerische Geschichte bietet dafür besonders abstoßenden Anschauungsunterricht. Schon bald könnte ein Klima, wie es Lion Feuchtwanger im „Erfolg“ so plastisch beschrieben hat, im Freistaat neue Urständ feiern. Aber vielleicht beabsichtigt die CSU ja, im Zuge der deutschen Einheit mit einer Hauptstadt Berlin zu ihren Ursprüngen zurückzukehren und sich wieder „Bayerische Volkspartei“ zu nennen. An ihren Inhalten und ihrem Auftreten bürchte sie keine nennenswerten Korrekturen vorzunehmen.

Wer Deutschland neu bauen will, wer die Ängste im Inneren und Äußeren dagegen abbauen will, der muß jedweden Restaurationsgelüsten widerstehen. Es soll nicht werden wie es war, das war schlecht und verhängnisvoll genug für die Deutschen und ihre Nachbarn. Wir wollen etwas Neues und Besseres bauen.

(-/16.3.1990/rs/ks)